

**NIEDERSCHRIFT**  
**der 29. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 26.01.2017**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste  
Ort: Ratssaal Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:00 Uhr

**Bestätigte Tagesordnung**

- |        |   |          |
|--------|---|----------|
| TOP 1  | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit   |          |
| TOP 2  | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung   |          |
| TOP 3  | Einwohnerfragestunde  |          |
| TOP 4  | Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates  |          |
| TOP 5  | Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse  |          |
| TOP 6  | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lützen - Stellungnahme der Stadt Weißenfels  | 001/2017 |
| TOP 7  | Flächennutzungsplan der Stadt Leuna - Stellungnahme der Stadt Weißenfels  | 259/2016 |
| TOP 8  | 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 55 "Südfläche des Saaleparks - Südliche Erweiterungsfläche" der Stadt Leuna, Ortsteil Günthersdorf - Stellungnahme der Stadt Weißenfels | 260/2016 |
| TOP 9  | Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Kultur-ausschuss  | 002/2017 |
| TOP 10 | Haushaltssatzung 2017 - Beitrittsbeschluss  | 005/2017 |
| TOP 11 | Beantwortung von Anfragen   |          |
| TOP 12 | Mitteilungen und Anfragen   |          |

**Nichtöffentlicher Teil**

- |       |                           |
|-------|---------------------------|
| TOP 1 | Anfragen und Mitteilungen |
| TOP 2 | Schließung der Sitzung    |

## **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit**

Der Stadtratsvorsitzende Herr Freiwald eröffnet die Sitzung.

Durch die Fraktion BfG-WV/GRÜNE wurde ein Antrag auf Absetzung des TOP 10 – Haushaltsatzung eingereicht. Der Antrag wird damit begründet, dass durch die verspätete Abgabe der Begründung zum Beitrittsbeschluss die Zeit für eine gründliche Vorbereitung der Beschlussfassung nicht ausreiche. Weiterhin wird beantragt, den Beitrittsbeschluss im Finanzausschuss und den Ortschaftsräten vorzubereiten.

Der Antrag wird vom Stadtratsvorsitzenden dahingehend verstanden, dass für den TOP 10 eine Rüge über eine nicht ordnungsgemäße Ladung ausgesprochen wurde. Auf Nachfrage bestätigt die Fraktion dies. Gemäß § 55 Abs. 1 KVG LSA gilt der betroffene Tagesordnungspunkt damit als abgesetzt.

Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder zu den übrigen Tagesordnungspunkten ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 34 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

Herr Walther bezieht sich auf die zwischenzeitlich ergangene Einladung zur Stadtratssitzung am 2. 2. 2017, in welcher der Beitrittsbeschluss gefasst werden soll. Er erklärt, dass die Fraktion einen Antrag einbringen wird, dass eine Vorberatung des Beitrittsbeschlusses in den Ortschaften und in den zuständigen Ausschüssen zu erfolgen habe.

Der Oberbürgermeister kritisiert die Verzögerung der Beschlussfassung. Nach kurzer Diskussion entscheidet der Stadtratsvorsitzende, dass die Stadtratssitzung am 2. 2. 2017 aufgrund des eingereichten Antrages der Fraktion BfG-WV/GRÜNE abgesagt wird. Eine weitere Verzögerung solle so vermieden werden. Die Absage wird allen Stadtratsmitgliedern noch schriftlich gestellt.

## **3. Einwohnerfragestunde**

Eine Bürgerin weist auf die von der Stadt angesetzte Eigentümerversammlung am 16.2.2017 für die Baumaßnahmen Wacholder-Holunder-Schlehenweg hin und bittet um rechtzeitige Einladung der Betroffenen sowie um die vorherige Bekanntgabe von Zahlen. Herr Bischoff erklärt, dass die Einladung bereits verschickt wurde. Eine Vorab-Information über die Ausschreibungsergebnisse könne nicht erfolgen, da die Beschwerdefrist für die Bieter noch laufe. Die Ergebnisse werden zur Versammlung bekanntgegeben. Er informiert auch, dass bei einer ggf. eingereichten Beschwerde sich die Baumaßnahmen zeitlich weiter verzögern werden.

## **4. Entscheidung über Einwendungen und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates**

Einwendungen gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Die Niederschrift der Sitzung vom 6. 12. 2016 gilt somit als anerkannt.

## 5. Bericht über die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse

Zu dem vom Hauptausschuss gefassten Beschluss gibt es keine Anfragen.

## 6. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lützen - Stellungnahme der Stadt Weißenfels

Von der Fraktion BfG-WV/GRÜNE wird eine Ergänzung des Beschlussvorschlages der Verwaltung beantragt. Zu diesem Antrag liegt den Stadträten eine Stellungnahme des Fachbereichsleiters Herrn Bischoff vor, die mündlich nochmals erläutert wird.

Herr Gotthelf und Herr Walther begründen nochmals ausführlich die Anträge und verweisen darauf, dass auch die die Stadt Lützen sich gegen die überregionale Planung stelle. Deshalb könne auch Weißenfels im Sinne der Förderung von regenerativen Energien eine entsprechende Willensbekundung abgeben

Herr Freiwald weist ausdrücklich darauf hin, dass der Stadtrat der Stadt Weißenfels nur Stellungnahmen zu Sachverhalten abgeben darf, von denen die Stadt Weißenfels auch betroffen ist. Aufgrund der fehlenden Betroffenheit der Stadt Weißenfels seien die Anträge faktisch unzulässig. Herr Rauner stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung der Anträge. Diesem Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Freiwald stellt die Frage an die Fraktion, ob die Anträge aufrechterhalten werden und ob eine getrennte oder gemeinsame Abstimmung der beiden Anträge erfolgen soll. Herr Walther erklärt, dass die Punkte einzeln abgestimmt werden sollen. Es wird somit über den Antrag des Oberbürgermeisters einschließlich des jeweiligen Ergänzungsantrages abgestimmt.

1. vorliegender Beschlussvorschlag des OB einschließlich folgender Ergänzung: Der Stadtrat der Stadt Weißenfels befürwortet die Ablehnung des Abbaus von Braunkohle bei Lützen/ Röcken durch den Stadtrat der Stadt Lützen. Das im regionalen Entwicklungsplan eingezeichnete Rohstoffgewinnungsgebiet zwischen Lützen und HHM ist deshalb aus allen Planungen zu entfernen.

Abstimmung: dafür: 7 dagegen: 26 Enthaltung: 1  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

2. vorliegender Beschlussvorschlag des OB einschließlich folgender Ergänzung: Im neuen FNP der Stadt Lützen ist für das Gewerbegebiet des OT Zorbau an der A9 zu beachten, dass eine Ansiedlung von Gewerbe mit weiteren die Umwelt belasteten Emissionen (Geruch, Lärm) wegen der erheblichen Vorbelastung der Stadt Weißenfels durch bereits erfolgte Firmenansiedlung (Suez Müllverbrennung, Klärschlammbehandlung) abgelehnt wird, Dies trifft auch auf mögliche Gefährdungen des Trinkwasserreservoirs, Langendorfer Stollen, zu.

Abstimmung: dafür: 4 dagegen: 26 Enthaltung: 4  
Damit ist der Antrag abgelehnt.

### **Beschluss SR 295-29/2017**

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Lützen:

Dem Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Lützen kann grundsätzlich zugestimmt werden, außer der Ausweisung der geplanten Wohnbauflächen. Um Beeinträchtigungen auf die Stadt Weißenfels ausschließen zu können, ist der entsprechende Bedarf der geplanten Wohnbauflächen nachzuweisen.

Abstimmung: dafür: 28 dagegen: 3 Enthaltung: 3

## **7. Flächennutzungsplan der Stadt Leuna - Stellungnahme der Stadt Weißenfels**

### **Beschluss SR 296-29/2017**

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme zum Vorentwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Leuna:

Der Erweiterung der Gewerbeflächenausweisung im südlichen Bereich des Einzelhandels- und Dienstleistungsstandortes Günthersdorf / Kötschitz (Bereich der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 55 „Südfläche des Saaleparks – Südliche Erweiterungsfläche“) wird nicht zugestimmt.

Durch die Neuausweisung von Gewerbeflächen in diesem Bereich werden negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Wirtschafts- und Gewerbestandortes Weißenfels befürchtet.

Abstimmung: dafür: 32 dagegen: 0 Enthaltung: 2

## **8. 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 55 "Südfläche des Saaleparks - Südliche Erweiterungsfläche" der Stadt Leuna, Ortsteil Günthersdorf - Stellungnahme der Stadt Weißenfels**

### **Beschluss SR 297-29/2017**

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels beschließt folgende Stellungnahme zum Vorentwurf der 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 55 „Südfläche des Saaleparks – Südliche Erweiterungsfläche“ der Stadt Leuna im Ortsteil Günthersdorf:

Der Erweiterung der Gewerbeflächenausweisung wird nicht zugestimmt.

Bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen sollen für die Neuausweisung in Anspruch genommen werden.

Durch die Neuausweisung von Gewerbeflächen sind negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Wirtschafts- und Gewerbestandortes Weißenfels zu befürchten.

Abstimmung: dafür: 32 dagegen: 0 Enthaltung: 2

## **9. Abberufung und Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Kulturausschuss**

### **Beschluss SR 298-29/2017**

1. Der Stadtrat der Stadt Weißenfels stellt die Beendigung der Mitgliedschaft von Herrn Michael Saro als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss aufgrund Todesfalls zum 27. 11. 2016 fest.

Abstimmung: dafür: 34 dagegen: 0 Enth.: 0

2. Der Stadtrat der Stadt Weißenfels stellt die Mitgliedschaft von Frau Walburga Schetter als sachkundige Einwohnerin im Kulturausschuss zum 27. 1. 2017 fest.

Abstimmung: dafür: 34 dagegen: 0 Enth.: 0

Frau Schetter wird über die Amtspflichten gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt belehrt und auf deren gewissenhafte Einhaltung verpflichtet.

## 11. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Stadtmauer Quartier Klingenplatz
- Investitionsplanung Neustadt und Straßen mit Kopfsteinpflaster
- Schlachthof – Überschreiten Obergrenze Schlachtzahlen/Errichtung Lärmschutzwand

Herr Gotthelf erklärt sich mit der Beantwortung zur Investitionsplanung nicht einverstanden. Es sollten Aussagen zur Strategie und nicht zur Finanzierung gemacht werden. Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstverständlich auch diese Straßen instand setzen wird. Da die Fragesteller Mitglied des Stadtrates sind, muss ihnen auch die finanzielle Situation der Stadt insbesondere ab dem Jahr 2018 bewusst sein. Die Verwaltung habe die Situation der genannten Straßen durchaus im Blick und werde im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten tätig.

Herr Gotthelf verweist auf die zweite Anfrage zur Lärmschutzwand am Schlachthof. Er erklärt, dass es sich um eine Lärmschutzwand zur Abgrenzung des Wohngebiets Am Zeiselberg handle und nicht um die in Richtung Röntgenweg. Dieses Planvorhaben sei vom Fleischwerk fallengelassen worden. Eine entsprechende Aussage sei vom Fleischwerk im Rahmen der Anhörung zum BlmSch-Verfahren gemacht worden. Die Stadt müsse auf die Errichtung des Lärmschutzes bestehen. Dies sollte seitens der Stadt hinterleuchtet werden. Es wird um eine erneute Antwort gebeten.

## 12. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen OB:

- Ausschreibung für die digitale Gremienarbeit musste wiederholt werden; Vertrag ist jetzt geschlossen; es besteht noch Wartefrist für Auslieferung der Tablet-PC's
- Bauarbeiten im Ratssaal beginnen nächste Woche; die Stadtratssitzungen werden deshalb vorübergehend im Kulturhaus stattfinden; die Ausschusssitzungen vorrangig im Beratungsraum in der Stadthalle
- Information zum Stand Vorgärten Geibelstraße; bei Ablehnung des Kauf- oder Mietangebotes erfolge eine Inrechnungstellung des Betrages
- Verbandsversammlung des ZWA Bad Dürrenberg – der Stadtrat wird demnächst über die aktuellen Entwicklungen informiert
- Aufgrund des verzögerten Beitrittsbeschlusses befindet sich die die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung, geplante Ausschreibungen werden sich damit zeitlich verzögern

Mitteilungen Stadtratsvorsitzender:

- Die nächste Stadtratssitzung wird vom 2. 3. 2017 auf den 1. 3. 2017 verlegt
- Städtepartnerschaft Komarno: Interessenten für eine Fahrt in die Partnerstadt zu den Komarnoer Tagen melden sich bis zur nächsten Stadtratssitzung im Büro Stadtrat

Herr Kungl bezieht sich auf den beim Stadtratsvorsitzenden eingereichten Antrag der Fraktion BfG-WV/GRÜNE auf Aufhebung von Beschlüssen zum gemeindlichen Einvernehmen zu Bauvorhaben des Fleischwerkes aufgrund eines vermeintlichen Mitwirkungsverbot des Herrn Kungl. Begründet werde dieser Antrag damit, dass das Unternehmen des Herrn Kungl ein bedeutsamer Dienstleister des Fleischwerkes sei. Herr Kungl erklärt dazu, dass die Tätigkeiten für das Fleischwerk lediglich 5 % seines Gesamtumsatzes ausmachen. Darüber hinaus seien die im Antrag aufgeführten Werkzeuge frei erfunden, da sie nicht im Fleischwerk verwendet werden. Es sei überaus bitter, dass Stadträte, die sich keinesfalls am Gemeinwohl orientieren sondern permanent über Sachverhalte und andere Menschen Lügen verbreiten dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Anfragen:

Frau Erben bittet um Information, ob die traditionellen Märkte der Stadt durchgeführt werden. Der Oberbürgermeister informiert, dass Ende Februar die Zuschlagserteilungen erfolgen werden. Mit dem dann erst feststehenden Bauunternehmen würden die entsprechenden Absprachen zur Durchführung der Märkte getroffen. Der Wochenmarkt werde auf jeden Fall um die Marienkirche herum stattfinden. Der Oberbürgermeister informiert in diesem Zusammenhang über die Änderung des zeitgleichen Durchführens von verkaufsoffenen Sonntagen in der Stadt und in Einkaufszentren.

Frau Schlegel weist auf die vorläufige Haushaltsführung durch den verzögerten Beitrittsbeschluss hin. Obwohl Ortschaftsmittel im Haushalt veranschlagt sind, sei es derzeit nicht möglich Verträge zu schließen. Der Oberbürgermeister bestätigt diese Aussage.

Herr Walther erklärt auf die Ausführungen von Herrn Kungl, dass die Fraktion lediglich eine Anfrage gestellt habe, ob ein Mitwirkungsverbot vorliege. Es gehe nicht um persönliche Diffamierungen. Der Stadtratsvorsitzende erklärt dazu, dass das ihm vorliegende Dokument ein Antrag auf Aufhebung von Beschlüssen sei und keine Anfrage.

Herr Walther informiert, dass vor dem Landgericht Halle am 8. 3. 2017 eine weitere Verhandlung zu Abwasserstrafabgaben stattfindet. Die Stadt Weißenfels streite schon seit längerer Zeit gegen Stadtwerke, Tönnies und aqua consult um die Rückerstattung der an die AöR gezahlten 11 Mio Euro. Er stellt die Frage an den Oberbürgermeister, ob überhaupt mit Nachdruck daran gearbeitet werde, das Geld wiederzubekommen.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass

1. im Hinblick auf Herrn Kungl sehr wohl Behauptungen zum Mitwirkungsverbot aufgestellt wurden und auf diese Behauptungen ein Antrag gestellt und begründet wurde und
2. die Stadt ja Klage eingereicht habe, um den entstandenen Schaden zu verringern.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Jörg Freiwald  
Stadtratsvorsitzender

Birgit Knittel  
Protokollführerin

## **Nichtöffentlicher Teil**

### **1. Anfragen und Mitteilungen**

Keine Anfragen und Mitteilungen.

### **2. Schließung der Sitzung**

Der Stadtratsvorsitzende schließt die Sitzung.

Jörg Freiwald  
Vorsitzender

Birgit Knittel  
Protokollführerin

